

Der Magistrat wird beauftragt, sofern der Koalitionsvertrag SPD/CDU/CSU wirksam wird, die politische Entwicklung bezüglich der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer außerorts zu beobachten. Wenn die gesetzlichen Grundlagen gegeben sind, soll der Magistrat sich für die zeitnahe Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer außerorts als Interimslösung für den Fahrradweg Dorf-Güll - Garbenteich einsetzen.

Begründung:

„Die Umsetzung von verkehrssicherheitserhöhenden Projekten, wie z.B. „Schutzstreifen für Radfahrer außerorts“, wollen wir unterstützen.“ aus: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 07.02.2018, Seite 97

In der Bundespolitik wurde die Diskussion um den Schutzstreifen für Radfahrer außerorts aufgegriffen und die Parteien, die eine Regierungskoalition beabsichtigen einzugehen, erklären übereinstimmend, sich für die Umsetzung einzusetzen. Da damit anscheinend die bisherige Blockadepolitik des ehemaligen Verkehrsministers Dörner beendet werden soll, wäre es doch sinnvoll, wenn wir uns auch auf kommunalpolitischer Ebene für diese Möglichkeit einer gleichberechtigten und geschützten Teilhabe der Radfahrer am Straßenverkehr aktiv einsetzen. Hier können wir was tun: Für die Umwelt, für die Verkehrswende, für die Mobilität in den südlichen Stadtteilen, für die Gesundheit der dort lebenden Menschen usw.